



Fokusbeitrag zur Nationalen Föderalismuskonferenz 2021 in Basel

Was der Schweizer Föderalismus und die Maschinen von Jean Tinguely gemein haben

Am 27. und 28. Mai 2021 widmete sich die Nationale Föderalismuskonferenz im Gastgeberkanton Basel-Stadt dem Thema «Föderalismus und Dynamik». Dabei standen die aktuellen Herausforderungen des föderalistischen Systems in Zeiten der Pandemie im Fokus. Die Konferenz bot zudem einen würdigen Rahmen für eine Rückblende auf die Einführung des Frauenstimmrechts vor 50 Jahren sowie eine zukunftsweisende Diskussion über die Ausweitung der politischen Rechte. Eröffnet wurden die beiden Konferenztage durch Bundesrat Alain Berset und Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Den Schlusspunkt setzten die Verabschiedung der «Erklärung von Basel 2021» sowie die feierliche Preisverleihung des Föderalismuspreises 2021.

Covid-19 prägte nicht nur den Inhalt der Föderalismuskonferenz in Basel, sondern auch die Form ihrer Durchführung als virtuelle Konferenz. Dies minderte jedoch nicht das grosse Interesse am Austausch zwischen hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft sowie Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Die Pandemiebewältigung der letzten 14 Monate stellte den Föderalismus auf eine harte Probe; der Zeitpunkt für die Föderalismuskonferenz war daher ideal.

Auch mit dem Durchführungsort Basel, dem Zentrum des trinationalen Metropolitanraums, war ein direkter Bezugspunkt zur Pandemie gegeben: Die zeitweilige Grenzschiessung aufgrund der Pandemiesituation zeigte exemplarisch die besonderen Herausforderungen einer Grenzregion in einem föderalistischen System auf. Dies bewog den Basler Regierungspräsidenten Beat Jans bei seiner Eröffnungsrede zur Feststellung, dass bei der Pandemiebewältigung föderalistische Strukturen über die Grenzen hinweg fehlten. Dank jahrzehntelanger freundschaftlicher Beziehungspflege des Kantons Basel-Stadt zum Elsass und zu Baden-Württemberg konnten wichtige Informationskanäle errichtet und zumindest der Austausch aufrechterhalten werden. «Doch was für die Grenzen beschlossen worden ist, lag oft im Belieben der Regierungen in Bern, Berlin und Paris», so Jans. Die Krise habe gezeigt, dass der Föderalismus weitergedacht werden müsse. Er dürfe nicht an der Landesgrenze Halt machen. Dafür solle sich der Bund in den Hauptstädten der Nachbarländer und in Brüssel stark machen.

Bundesrat Alain Berset verglich den Föderalismus mit einer Maschine des in Basel aufgewachsenen Künstlers Jean Tinguely. «Kompliziert mit ihren vielen Einzelteilen, unübersichtlich in ihren Verstreungen, scheinbar zwecklos vor sich hin ratternd. Wenn wir unsere föderalistische Maschine Schweiz etwas ölen und ein paar Schrauben fester anziehen – dann bin ich überzeugt: Dem Föderalismus gehört nicht nur die Vergangenheit und die Gegenwart, sondern auch die Zukunft», zeigte sich Berset überzeugt.

Regierungsrat Christian Rathgeb, Präsident der Konferenz der Kantone KdK, unterstrich die Notwendigkeit, das Pandemie-Management aufzuarbeiten und die Ergebnisse offen und ehrlich zu diskutieren. «Die Zwischenbilanz zeigt, dass die Vorteile des Föderalismus in der Krisenbewältigung durchaus genutzt werden konnten. Immer wieder sind es einzelne Kantone gewesen, die mit einer Massnahme vorangegangen sind und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt haben».

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, betonte in seiner Videobotschaft die Wichtigkeit des Föderalismus und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dies nicht nur auf Ebene des Bundesrats und der Kantonsregierungen: «Auch die grenzüberschreitenden Gremien am Oberrhein, Hochrhein und Bodensee haben sich in der Krise bewährt», sagte Kretschmann. Die Zusammenarbeit mit der Schweiz gelte es auszubauen, sowie durch die Pandemie aufgedeckte Schwächen bezüglich Verfahren und klarer Zuständigkeiten zu verbessern. «Unter dem Strich ist die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Föderalismus seit 2013 kontinuierlich gestiegen, selbst während der Pandemie», bilanzierte Kretschmann. Neben dem Austausch der Grenzsituation zwischen der Schweiz und Deutschland wurden auch die Situation an den Grenzen zu Frankreich, Italien und Österreich beleuchtet und wichtige Erkenntnisse festgehalten.

In Zusammenhang mit real existierenden, Kantons- und Landesgrenzen übergreifenden funktionalen Räumen erörterte Professor Pierre De Meuron die Frage der richtigen Massstäblichkeit des Schweizer Föderalismus. In seinem Referat forderte De Meuron die Politik dazu auf, eine aktive öffentliche Debatte über die teils seit Jahrhunderten bestehenden kommunalen und kantonalen Grenzen der Schweiz zu führen und diese nicht als in Stein gemeisselt hinzunehmen.

«Erklärung von Basel 2021»



Bild 1 | Beat Jans, Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, bei der Verabschiedung der Erklärung von Basel.

Die Diskussionen und Erkenntnisse der Föderalismuskonferenz mündeten in der Verabschiedung der «Erklärung von Basel 2021», in welcher sich Bund, Kantone sowie Städte und Gemeinden für die Entwicklung eines zukunftsgerichteten Föderalismus aussprachen. Die Erklärung sei vor dem Hintergrund einer stark zunehmenden Verflechtung der Schweiz mit Europa und der Welt sowie grenzüberschreitender Entwicklungen entstanden, betonte Jans bei der Präsentation. Zudem habe die Corona-Pandemie mit ihren erheblichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen den Föderalismus

auf die Probe gestellt. «Diese Erfahrungen bieten eine Chance, den Föderalismus noch besser auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen auszurichten», so Jans.

Frauen-, Ausländer- und Jugendstimmrecht

Der zweite Konferenztag würdigte die Einführung des Frauenstimmrechts vor 50 Jahren. Bundesrätin Karin Keller-Sutter wies in ihrem Referat darauf hin, dass manche Kantone Vorreiter beim Frauenstimmrecht waren, andere waren Nachzügler. Der Föderalismus war daher sowohl Förderer wie auch Bremser. «Es gab aber auch eine gegenseitige Befruchtung der Diskussionen und Abstimmungen auf nationaler und kantonaler Ebene», so Keller-Sutter. Sicher sei, dass die Schweizer Demokratie erst am 7. Februar 1971 «volljährig» wurde, als sich eine Mehrheit der stimmberechtigten Männer endlich dazu habe durchringen können, die politischen Rechte auch den Schweizer Frauen zuzugestehen und damit auch die Verantwortung und die Macht mit ihnen zu teilen.



Bild 2 | Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Rückblick auf die Einführung des Frauenstimmrechts vor 50 Jahren.

Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss beleuchtete in ihrem Referat die Triebkräfte, welche vor 50 Jahren zur Einführung des Frauenstimmrechts auf nationaler Ebene führten. Nebst dem Frauenstimmrecht thematisierte die Konferenz auch die Chancen und Risiken eines Ausländer- und Jugendstimmrechts in der Schweiz. Ein spezieller Fokus lag dabei auf der Frage, wie sich die Digitalisierung auf die Wahrnehmung der politischen Rechte auswirkt.

Ständerätin Eva Herzog griff das Thema des Vortrags auf und ging der Frage nach, welche Lehren aus der pandemiebedingten Krise gezogen werden können. Herzog sprach sich unter anderem für eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und für geregelte Beziehungen zur Europäischen Union aus. Zudem kritisierte Herzog die ungleiche Machtverteilung unter den Kantonen.

Verleihung des Föderalismuspreises

Feierlicher Abschluss der Föderalismuskonferenz in Basel bildete die Verleihung des Nationalen Föderalismuspreises 2021 durch die ch Stiftung. Der Preis wurde an das Projekt easyvote des Dachverbandes Schweizer Jugendparlamente DSJ verliehen.



Bild 3 | Podiumsdiskussion zu den Chancen und Risiken des Ausländer- und Jugendstimmrechts in der Schweiz.



Bild 4 | Bundesrätin Karin Keller-Sutter mit Vertreterinnen und Vertretern des Regierungsrats des Gastgebers Kantons Basel-Stadt.

Sämtliche Referate und Diskussionsrunden sind als Video-Aufzeichnungen verfügbar:
www.föderalismus2021.ch